

Zeitbombe Europa

Die SP will im blockierten EU-Dossier Gas geben. Zwei linke Aussenpolitiker meinen: wenn nötig, mit einem neuen Verhandlungsmandat.

REZA RAFI

Ob sich der Bundesrat auf die Sitzung am 16. Juni freut oder doch eher Unlust verspürt, bleibt das

Geheimnis seiner Mitglieder. An jenem Freitag steht das Verhältnis zur Europäischen Union auf der Tagesordnung. In dem Dossier hat sich seit Jahren wenig bis nichts be-

wegt. Aussenminister Didier Burkhalter (57) konnte seit Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative der SVP nicht den geringsten Fortschritt beim institutionellen Rahmenabkommen vorweisen. Der Freisinnige hat kaum Rückhalt in seiner eigenen Partei.

Nun warnen die SP-Nationalräte Tim Guldemann (66, ZH) und Eric Nussbaumer (56, BL): **Der bei Wirtschaft und Bürgerlichen wohlgeleitene Status quo im Verhältnis zur EU wird für die Schweiz zur ökonomischen Zeitbombe.** Passiv zu bleiben, weil man sowieso nicht mehr an einen Durchbruch glaubt, findet Guldemann darum «defätistisch».



«Vorwärts»: SP-Nationalrat Guldemann.



Unter Druck: Aussenminister Burkhalter.



«Win-win-Vertrag»: SP-Politiker Nussbaumer.

Präsentiere Burkhalter bis zum Sommer keine Lösung, müsse der Bundesrat zur Not **sein Verhandlungsmandat anpassen, verlangen die Aussenpolitiker.** Darin war bisher der Europäische Gerichtshof als oberste Instanz bei Streit zwischen Bern und Brüssel

vorgesehen; eine andere Variante sieht den Efta-Gerichtshof als Schiedsinstanz vor. **Essenziell sei, dass es vorwärtsgeht.**

Guldemann und Nussbaumer wollen CVP- und FDP-Leute treffen, um eine innenpolitisch mehrheitsfähige Richtung skizzieren zu können.

Die Sorge der Sozialdemokraten: Mit jedem Tag, der verstreicht, stauen sich die blockierten Dossiers weiter. **Für wichtige**

Branchen, aber auch punkto Bildung, Forschung und Kultur sei die Schweiz in Europa zunehmend isoliert. Nussbaumer verweist auf eine Liste von mittlerweile 17 festgefahrenen Dossiers. Dazu gehören das Strom- und Energieabkommen, der Abbau technischer Handelshemmnisse, das Austauschprogramm Erasmus oder die Schweizer Teilnahme am europäischen Emissionshandel.

Nussbaumer: «Es ist in unserem Interesse, dass wir rasch einen Win-win-Vertrag bekommen und diese Dossiers auf ein neues Partnerschaftsfundament Schweiz-EU gestellt werden können.»

Fotos: Mauritius Images, Keystone, EQ Images

Seit Jahren sind die Verhandlungen mit der EU blockiert.

Christoph Blocher zur Lage der SVP: «Ein Motivationsschub ist nötig»

Der alt Bundesrat spricht über die Niederlagenserie seiner Partei – und darüber, wie er die Personenfreizügigkeit endgültig aushebeln will.

INTERVIEW: SIMON MARTI UND MARCEL ODERMATI;
FOTOS: PHILIPPE ROSSIER

Herr Blocher, das Ja des Volks zur Energiestrategie ist nur die jüngste Niederlage der SVP. Ist Ihre Partei aus der Spur?
Christoph Blocher: Im Gegenteil. Grossartig, wie sich die SVP gegen diese verhängnisvolle Planwirtschaft gewehrt hat! Das gibt die Grundlage, sich auch in Zukunft glaubwürdig gegen dauernd höhere Abgaben für die Konsumenten, Mieter, Hauseigentümer, Autofahrer etc., etc. und für all die KMU zu wehren.

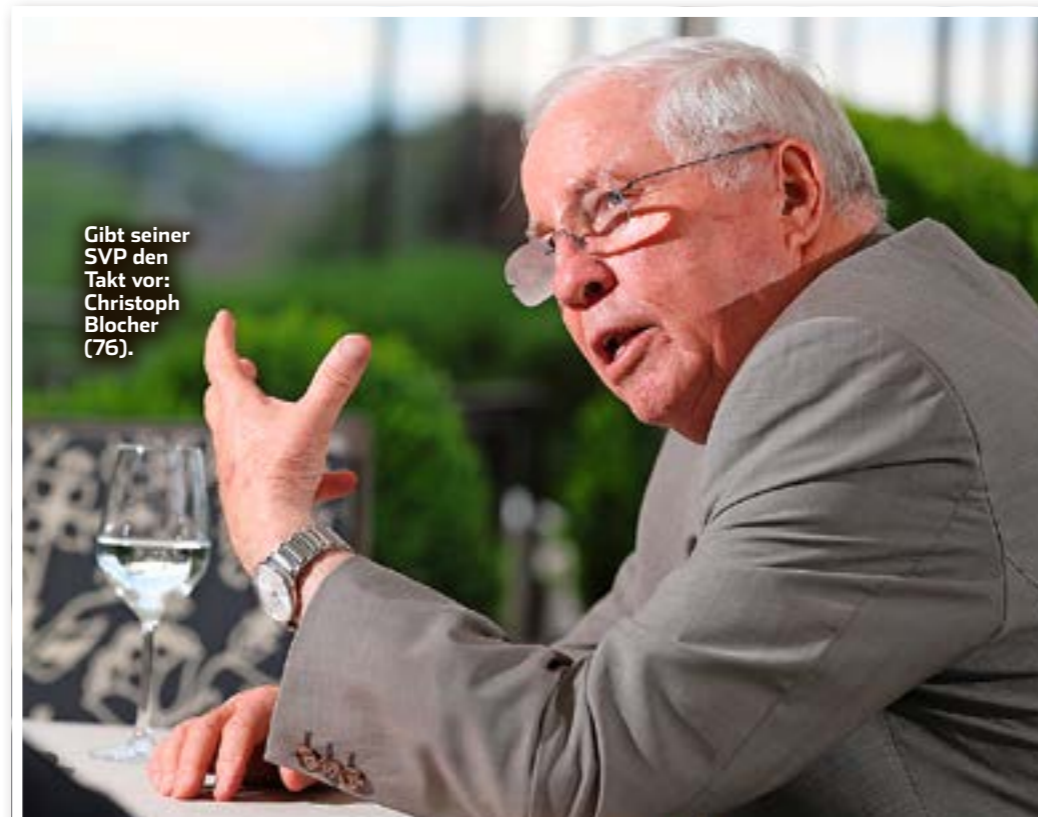
SVP-Präsident Albert Rösti hatte Mühe, überhaupt genügend Unterschriften zu sammeln.

Es war Röstis Meisterleistung, mit der SVP allein in

praktisch nur sechs Wochen 68 000 Unterschriften hinzukriegen! Diese Glanzleistung macht ihm wohl keiner nach. Dann der alleinige Kampf der SVP für eine sichere, kostengünstige und saubere Energieversorgung und gegen die teure und unsichere planwirtschaftliche Strategie. 42 Prozent stimmten Nein. Leider nicht 51 Prozent. Nun stehen die Befürworter in der Verantwortung und sind verantwortlich für all die Verteuerungen und das Debakel, das folgen wird.

Vermissen Sie Röstis Vorgänger Toni Brunner, Ihren erklärten Liebling, an der Spitze der Partei?

Sicher haben wir Toni Brunner nicht von der Spitze gefegt. Er hätte auch einen hervorragenden Bun-



Gibt seiner SVP den Takt vor: Christoph Blocher (76).

desrat abgegeben und dem Bürokratieverein im Bundeshaus die Stirn geboten. Doch er will einfach nicht. Er liebt seine Eringer-Kühe und ihre Kämpfe zu sehr (lacht).

Niederlagen hin oder her, bei Ihrer Partei läuft also alles rund?

Nie läuft in einer Partei alles rund. Aber die SVP tritt wie keine andere gegen Fehlentwicklungen wie

den Sozialismus, den EU-Beitritt, die Masseneinwanderung, das Asylchaos, die dauernden Steuerabgaben und Gebühren sowie die Regulierungen an. Aber die Wahlerfolge der SVP in

den vergangenen Jahren führen auch zu einer gewissen Bequemlichkeit in den eigenen Reihen. Ein Motivationsschub ist nötig.

Zurück zur Energiewende: Nach Ihrer Meinung sind FDP, CVP und die Wirtschaftsverbände Anhänger der Planwirtschaft.

Wie das Energiegesetz zeigt, trinken auch sie das süsse Gift des Sozialismus. «Nehmen ist seliger denn geben!» Auch im bürgerlichen und Wirtschaftslager.

Wie bürgerlich ist die Schweiz heute?

Solide Arbeit, Mut zum Sonderfall, bürgerliche Werte haben die Schweiz stark gemacht. Davon wird Abstand genommen. Nichts ist schwerer zu ertragen als eine Reihe von guten Tagen. Für Geld sind viele anfällig, vor allem wenn andere bezahlen – sozialistische Kultur! Man gliedert sich bei den Profiteuren ein – auch in den bürgerlichen Parteien. Manchmal denke ich, die SVP ist die letzte bürgerli-

che Partei, wie die Energiestrategie zeigt.

Auch die Bauern, Ihre traditionellen Wähler, werden subventioniert.

Die Ziele der Landwirtschaft – eigene Nahrungsmittelproduktion, Landschaftserhaltung, keine Entvölkerung der Bergtäler, Verhinderung der Bodenvergangung, Pflege von Blumenwiesen sind nicht marktwirtschaftlich zu erreichen, wie auch eine militärische Landesverteidigung nicht marktwirtschaftlich zu erreichen ist. Wer diese Ziele billiger erreichen kann, soll dies zeigen! Es gibt aber keinen Grund, die ganze Energieversorgung bürokratisch, teuer und bevormundend zu organisieren. Sie führt ins Debakel, wie Deutschland beweist. Das Ganze bereitet Sorgen.

Was genau bereitet Ihnen Sorgen?

Die zunehmende Abwendung von den bürgerlichen Werten! Die zahlreichen Linken in den «bürgerlichen» Parteien sind ein Problem.

Wie kam es dazu?

Durch Übermut und Gröszenwahn. Mit dem Ende des Kalten Krieges verloren auch Bürgerliche Herz und Verstand. Die Linken sowie Pubertäre Träumer nehmen zu: Abschied von Eigenverantwortung und zunehmende Bequemlichkeit. Man will die Schweiz an die EU anketten und in die EU treiben. Es ist die Preisgabe des Erfolgsmodells Schweiz. So ein Seich – schauen Sie sich doch all den Chabis auf dieser Welt einmal an!

Wo sehen Sie Ihren Platz, wenn die etablierten politischen Lager ins Rutschen geraten?

Gegensteuer geben gegen linke Entwicklungen, nicht nur gegen linke Parteien. Die historische Leistung der SVP ist es eben gerade, Themen aufzunehmen, die von anderen Parteien nicht aufgegriffen werden. Eben die Verteidigung schweizerischer Werte, Verhinderung der Masseneinwan-

derung und des Asylmissbrauchs, Kampf gegen steigende Abgaben, gegen Bürokraten und gegen die Abzockergesellschaft im Bundeshaus. Niederlagen müssen in Kauf genommen werden, auch wenn uns der BLICK und der Sonntags-Blick dann zur Sau machen! Ich vertrete nicht un-

«Eine Kündigung der Personenfreizügigkeit genügt nicht»

Christoph Blocher

bedingt die Mehrheitsmeinung.

In der Europafrage inzwischen schon. Noch 15 Prozent wollen in die EU. Ihre Mehrheit wird jährlich grösser.

In der Bevölkerung ja – aber nicht im Bundeshaus. Ich trat gegen die EU-Ankettung an, als die Classe politique und die Classe économique und die Medien geschlossen dafür waren. Heute merkt das die Bevölkerung: Zur

Schweiz stehen ist erfolgreicher. Bei den Politikern gehts etwas länger.

Warum wollen Sie jetzt die Personenfreizügigkeit kündigen?

Mit dem Rechtsanspruch aller EU-Ausländer, in der Schweiz ohne Einschränkung tätig zu sein, können

Sie die Masseneinwanderung und ihre negative Wirkung nicht eindämmen. Obwohl Volk und Stände die Abschaffung klar verlangten, setzen sich die Verfassungs-

brecher im Parlament darüber hinweg. Staatsstreichartig entreisst man den Bürgern die Macht. Jetzt packen wir das Unheil an der Wurzel!

Die Kündigungs-Initiative würde im Falle einer Annahme umgesetzt?

Mit einer Fassung, an der die Schlaumeier im Bundeshaus nicht vorbeikönnen, ist dies zu hoffen. Nur: Eine Kündigung allein ge-

Bitte umblättern

Bundesanwalt Lauber liess Treffen mit NDB-Chef Seiler platzen

Spionageaffäre sorgt für Eiszeit in Bern

REZA RAFI

In der Affäre um den Schweizer Spion Daniel M. dreht sich alles um die Frage, wer für den Flop verantwortlich ist. **Im Visier der parlamentarischen Untersuchung stehen auch zwei prominente Alphatiere:** der umtriebige Bundesanwalt Michael Lauber und der Chef des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB), Markus Seiler. Mittlerweile sind beide von der Geschäftsprüfungsdelegation befragt worden.

Laut Beobachtern ist dabei vor allem etwas zum Vorschein gekommen: Zwischen den beiden Kaderleuten herrscht seit Beginn der Abklärungen ein frostiges Klima. Der Grund sind laut Sonntags-

Blick-Informationen gegenseitig belastende Aussagen. Beide befinden sich derzeit beflissen auf Lobbyingtour in eigener Sache – bis auf Bundesratsebene.

Geheimdienstler Seiler wirft Lauber und seinem federführenden Strafverfolger Carlo

Bulletti vor, mit der Weitergabe ungeschwätzter Akten an deutsche Beschuldigte in einem Drittverfahren das Auf-fliegen von Daniel M. erst ermöglicht zu haben.

In der Bundesanwaltschaft (BA) hingegen wird die Rekrutierung von Daniel M. durch Seilers Nachrichtendienst in Frage gestellt.

Vor zwei Wochen ist es zum Eklat gekommen: **Lauber hat ein regelmässig stattfindendes Treffen mit Seiler platzen lassen.** Die Bundesanwaltschaft bestätigt auf Anfrage: «Im konkreten Fall wurde das geplante Treffen auf Leitungsebene der BA und des NDB verschoben.»

Erfolgt sei dies gemäss offiziellem BA-Wortlaut **«mit Rücksicht auf die laufenden Untersuchungen**, welche die verschiedenen Aufsichtsbehörden in der – wie sie sagen – sogenannten Spionageaffäre durchführen».

Spion M. hätte für die Schweiz deutsche Steuerfahnder aufspüren sollen. Er sitzt heute in deutscher U-Haft. ●

Spielt den Ball der BA zu: Geheimdienstchef Seiler.

Wehrt sich in der Untersuchung: Bundesanwalt Lauber.

Fotos: Keystone, Philippe Rossier

Fortsetzung von Seite 25

nügt nicht. Sonst kündigen sie in Bundesbern das Abkommen, um gerade ein neues Abkommen abzuschliessen und um die Masseneinwanderung wieder zu gewährleisten.

Am 24. Juni diskutieren die SVP-Delegierten über das Volksbegehren. Wie muss die Initiative demnach aussehen?

Mindestens ist das bestehende Abkommen mit der EU zu beseitigen, neue sind zu verhindern und die Zuwanderungsbedingungen

müssen in der Hand der Schweiz liegen und dürfen nicht aus der Hand gegeben werden. Nur so kann die Masseneinwanderung gestoppt werden.

Sie werden dieses Jahr 77 Jahre alt ...

Oh, habe ich ganz vergessen – vielleicht eine Folge des Gedächtnisschwundes (*lacht*).

Erlauben Sie uns die Frage, Herr Blocher: Stimmt eigentlich etwas mit Ihrem Auge nicht? Ihr rechtes Brillenglas spiegelt ein wenig.



Vorübergehende Sehstörung: Blocher am Dienstag auf der Terrasse des Hotels Bellevue in Bern.

Ich habe infolge eines kleinen Augenmuskelfekts eine Sehstörung. Dies kann

durch diese Brille korrigiert werden, aber es dauert einige Monate.

Zum Schluss: Planen Sie eigentlich noch die Lancierung Ihrer Sonntagszeitung?

Im Moment nicht.

Woran liegt das?

Zurzeit stecken die Sonntagszeitungen wie alle Medien in einer Krise. Fernsehwerbung, Internet, Online reduzieren die Einnahmen der Zeitungen, die Zahl der Abonnenten ist rückläufig, weil viele sich mit Online begnügen. Mal schauen, wo die Entwicklung hinläuft. Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben. ●